

Bekanntmachung

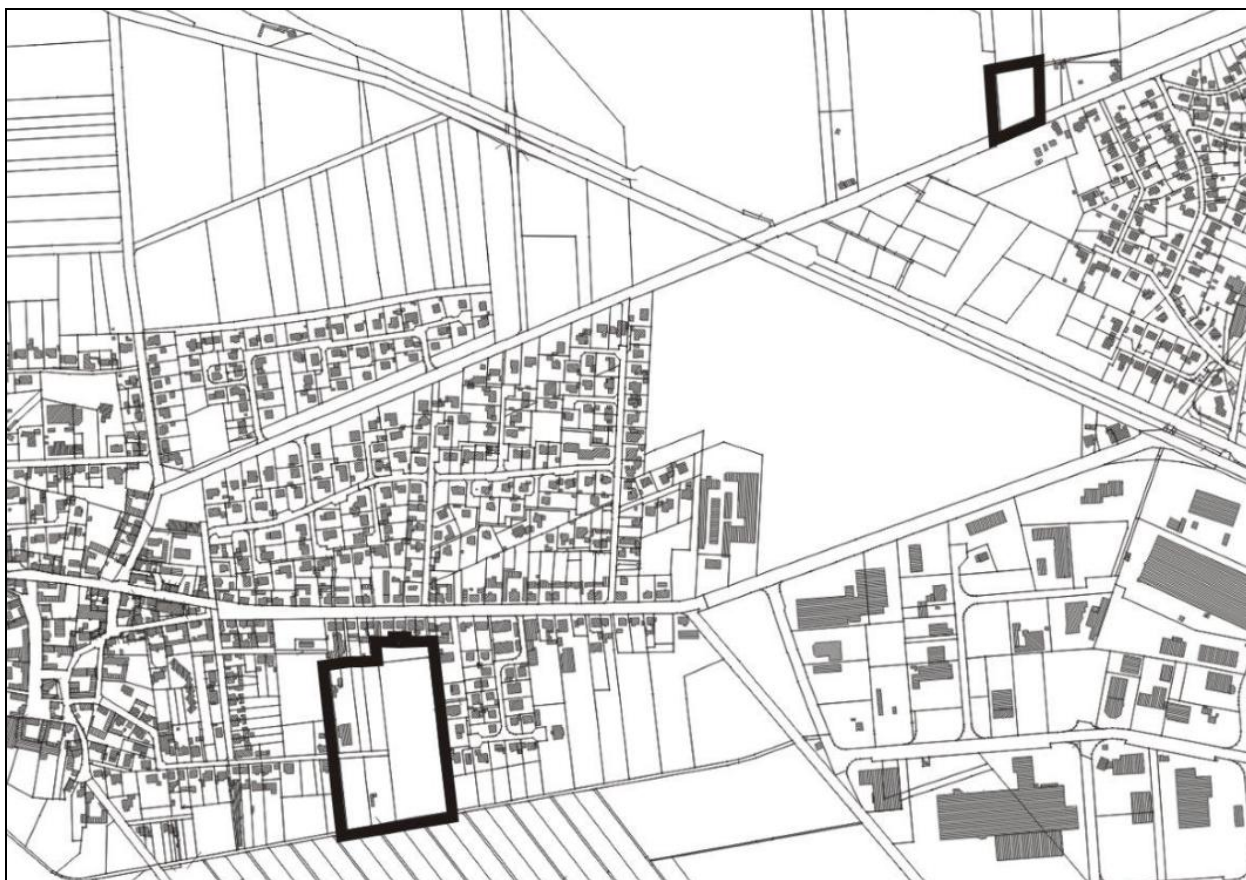
**Bauleitplanung Helmstedt;
Bebauungsplan OTE 357 "Wiesenstraße-Ost" (1. Änderung);
Aufstellung gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

– Öffentliche Auslegung der Planunterlagen gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) –

Der Rat der Stadt Helmstedt hat in seiner Sitzung am 23.03.2017 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. OTE 357 "Wiesenstraße-Ost" (1. Änderung) beschlossen. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in der aktuell verbindlichen Fassung wird der Aufstellungsbeschluss hiermit bekannt gemacht.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Helmstedt hat in seiner Sitzung am 23.03.2017 dem Entwurf des Bebauungsplanes OTE 357 "Wiesenstraße-Ost" (1. Änderung) mit der dazugehörigen Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen.

Die Plangebiete können dem folgenden Kartenausschnitt entnommen werden.



Kartenbasis: Auszug ALKIS © 2015  LGLN

Der Entwurf des Bebauungsplanes liegt mit Begründung in der Zeit vom 05.04.2017 bis einschließlich 04.05.2017 im Rathaus der Stadt Helmstedt, Markt 1, 38350 Helmstedt (linker Glaskasten, Eingang Holzberg) während der Öffnungszeiten des Bürgerbüros (Mo., Mi., Fr. 08.00 – 12.00 Uhr, Di. 08.00 – 18.00 Uhr, Do. 08.00 – 16.00 Uhr und Sa. 10.00 – 12.30 Uhr) öffentlich aus.

Neben dem Umweltbericht als Bestandteil der Begründung des Bebauungsplanes sind folgende Unterlagen verfügbar, die umweltbezogene Informationen enthalten und mit ausgelegt werden:

1. Schalltechnische Untersuchung durch den TÜV Nord vom Januar 2014
2. Baugrundgutachten durch die M&S Umweltprojekt GmbH vom März 2014
3. Ursprüngliche Begründung des Bebauungsplanes OTE 345 „Wiesenstraße-Ost“

Diese umweltbezogenen Informationen sind im Fachbereich 52 Planen und Bauen, Rathaus der Stadt Helmstedt, Markt 1, Zimmer M212 und M211 einsehbar.

Während der Auslegungsfrist können von jedermann Anregungen schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan gem. § 3 (2) BauGB unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) unzulässig ist, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Weitere Angaben erteilt die Stadt Helmstedt, Fachbereich 52 Planen und Bauen, Rathaus der Stadt Helmstedt, Markt 1, Zimmer M212, Tel. 17-5213.

Der Bürgermeister

Wittich Schobert